

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Ludendorffs „Ehrenhaft“ verschärft.

### Berliner Besucher verhaftet — „Ich bin umzingelt“ — Massenhverhaftungen.

Eine Berliner Besatzungskorrespondenz meldet:  
In den letzten Tagen ist eine wesentliche Verschärfung der Ueberwachung eingetreten, in der sich General Ludendorff in seiner Wohnung in der Heilmannstraße in Ruhmshöhe bei München befindet. Eine Anzahl Besucher, die den General zu sprechen versuchten, sind von Kriminalbeamten festgehalten und dem Münchener Polizeipräsidium zugeführt worden. Unter ihnen befindet sich auch der deutschpöhlische Arbeiterführer Fahrnhorst aus Berlin. Ueber die Gründe, die zu der beschriebenen Ueberwachung Ludendorffs und auch Hilters geführt haben, erfahren wir folgende Einzelheiten:

In den national-sozialistischen Kreisen Bayerns hat nach der letzten Veröffentlichung des Herrn v. Kahr, der vor einer neuen Bewegung öffentlich warnte, eine sehr lebhaft unterirdische Tätigkeit eingesetzt. Es sind nicht nur in Zusammenkünften der Nationalsozialisten sondern auch in Versammlungen usw. Gerüchte verbreitet worden, die sich gegen Kahr wandten. So wurde behauptet, daß Herr v. Kahr vor dem 8. November bereits einen Verrat an der nationalsozialistischen Partei beabsichtigt habe, und als Beweis wurde angeführt, daß die Gewehre, die an die Hitler-Leute verteilt wurden, mit abgebrochenen Schlagbolzen geliefert worden seien, um im gegebenen Augenblick die gefährlichen Bundesräder außer Betrieb setzen zu können. Dann aber wurde sehr weit die Parole ausgegeben, daß Herr v. Kahr, der nach dem Scheitern des Ermächtigungsgesetzes in Bayern selbst seine Position für erschüttert halte, zusammen mit dem ihm ergebenen Kapitän Ehrhardt eine separatistische Bewegung ins Leben rufen wolle. Diese Gerüchte, die übrigens auch in leitenden Berliner pöhlischen Kreisen viel besprochen werden, haben die Münchener Behörden veranlaßt, mit aller Schärfe gegen die Nationalsozialisten in Bayern vorzugehen.

In den letzten Tagen sind in München, Regensburg und in anderen Städten Massenhverhaftungen von Hitler-Leuten vorgenommen worden. Auch der bekannte Führer Anton Dragler aus München ist in Haft genommen worden.

da das Münchener Polizeipräsidium Schriftstücke beschlagnahmt hat, aus denen hervorzugehen scheint, daß die oben geschilderten Gerüchte planmäßig auch nach Norddeutschland weitergeleitet worden sind. Hitler wird im Gefängnis gegenwärtig auf das strengste überwacht, weil man der Ansicht ist, daß von seinen Anhängern trotz alledem eine Aktion zu seinen und Ludendorffs Gunsten versucht wird. Nur sein Anwalt erhält unter Vorbehalt der Besatzungsmächte Sprechvertrauen. Auch General Ludendorffs Villa wird auf das allerhöchste von zahlreichen Kriminalbeamten beobachtet, die alle Ein- und Ausgänge besetzt halten. Gestern verbot der Berliner pöhlische Arbeiterführer Fahrnhorst General Ludendorff einen Besuch abzugeben, um ihm einen Brief von seiner Stieftochter zu überbringen. Dieser Weg war gewählt worden, weil Ludendorff sich darüber beklagt hat, daß seine Korrespondenz ebenso wie die einlaufende Post von der Staatsanwaltschaft zensuriert und vorher geprüft werde. Als Fahrnhorst in den Vorgarten der Villa eintreten wollte, trat ihm ein Kriminalbeamter mit vorgehaltenem Revolver entgegen und erklärte: „Wenn Sie weiter gehen, werden Sie erschossen.“ und verhaftete den Besucher gleichzeitig. Ludendorff, der den Vorfall vom Fenster aus beobachtet hatte, eilte in den Garten, um den Festgenommenen noch zu sprechen. Ein anderer Beamter trat dem General jedoch entgegen und drängte ihn in das Haus zurück, um eine Aussprache zu verhindern. Ludendorff konnte dem deutschpöhlischen Führer nur noch zurufen: „Sie sehen, ich bin vollständig umzingelt.“ mußte dann aber sein Zimmer aufsuchen. Auch ein anderer Besucher aus Berlin, Oberleutnant Reumann, wurde bei dem Versuch, bis zu Ludendorff vorzudringen, verhaftet. Die beiden Festgenommenen wurden der Staatsanwaltschaft vorgeführt und dort verhört. Die gesamte Korrespondenz, die beide mit sich führten, ist beschlagnahmt worden. Während Fahrnhorst nach acht Stunden aus der Haft entlassen wurde, ist Oberleutnant Reumann ins Untersuchungsgefängnis gebracht worden, weil die Münchener Polizei festgestellt hat, daß dieser bereits auf anderem Wege in die Villa Ludendorffs einzudringen versucht hat.

## Wucherwirtschaft.

### Was tut die Regierung?

Die Konsumenten, die sich der Hoffnung hingaben, vor den Weihnachtstagen vom Preisabbau profitieren zu können, sind unangenehm enttäuscht worden. Der Preisrückgang ist über Nacht wieder auf der ganzen Linie zum Stillstand gekommen, für eine Reihe von Waren werden sogar wieder höhere Preise gefordert, während Erzeuger und Verkäufer anderer Artikel bis jetzt überhaupt noch nicht daran dachten, mit den Preisen herunterzugehen.

Vor den großen Festtagen machte sich bloß erfahrungsgemäß immer eine verstärkte Kauflust bemerkbar, die naturgemäß eine Heraussetzung der Preise durch die Händler begünstigte. In diesem Jahre hielten sich jedoch die Weihnachtseinkäufe infolge der traurigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter- und Beamtenerschaft in bescheidenen Grenzen. Die neue Bewegung in der Preisbildung kann deshalb auch nicht durch die Weihnachtseinkäufe erklärt werden. Es müssen andere Ursachen vorhanden sein, die im bedenklichen Maße preistreibend wirken. Schon oft haben wir hier nachgewiesen, daß die Verkaufsbedingungen der großen Industrieverbände und der Verkaufvereinigungen als preissteigernde Faktoren zu betrachten sind. Besonders die skandalösen Zinsfüße haben ohne jeden Zweifel die Preise übersteigert. Wie rücksichtslos und wirtschaftsfeindlich die Verbände z. B. in ihren Verkaufsbedingungen vorgehen, beweist u. a. auch ein Rundschreiben des Verbandes der deutschen Veredelungsanstalten für baumwollene Gewebe mit dem Sitz in Leipzig. Dieser Verband kündigt nämlich seinen Kunden an, für verspätete Zahlungen ab 20. Dezember 1 1/2 Proz. als Verzugszinsen berechnen zu müssen. Damit aber kein Zweifel über den von dem genannten Verband betriebenen Wucher aufkommen kann, bemerkt er in seinem Rundschreiben ausdrücklich, daß dieser Zinsfuß nicht für ein Jahr, wie man wohl annehmen könnte, sondern für einen Tag gilt. Der Verband fordert also nicht mehr und nicht weniger als einen Jahreszins von 547 1/2 Proz. Selbstverständlich werden diese skandalösen Zinsen auf die Waren umgelegt werden müssen; denn der Konsument und nicht der Händler bezahlt sie zu guter Letzt.

Wir brauchen uns also nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, weshalb unsere Waren immer noch doppelt und dreifach so teuer sind als im Frieden und weshalb deutsche Waren ihrer hohen Preise wegen im Ausland nicht mehr konkurrenzfähig sind. Die Folgen dieses Wuchers zeigen sich ja in der geringen Kaufkraft des deutschen Volkes und in dem Erliegen unseres Exports. Zufällig veröffentlicht die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG. eben jetzt ihren Jahresbericht, in dem es heißt, daß die Konkurrenz in mit dem Ausland wesentliche Preisunterchiede zumungunsten der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg ergaben. Die Folge ist, daß statt der früher beschäftigten 18 500 Arbeiter heute nur noch 14 000 Arbeitnehmern von der Augsburg-Nürnberg Maschinenfabrik Arbeit und Brot gegeben werden kann. Leider hat die Generalversammlung der nordbayerischen Maschinenfabrik veräußert, die notwendigen Schlussfolgerungen aus ihren Feststellungen zu ziehen, denn wie die Zahlungsbedingungen des Verbandes der deutschen Veredelungsanstalten beweisen, sind die deutschen Unternehmer durch ihre unbegrifflichen und durchaus ungerechtfertigten Konditionen, hinter denen sich nur ungerechtfertigte Gewinne verbergen, in erster Linie für die Rezessionierung der deutschen Kaufkraft und das Erliegen des deutschen Exports verantwortlich. Sie schädigen sich und die deutsche Wirtschaft selbst, so daß unsere Unternehmer aus Gründen der Selbsterhaltung noch viel mehr Anlaß haben, gegen die unberechtigte Zinswirtschaft zu protestieren wie wir als Vertreter der Arbeitnehmer.

Das Vorgehen des Verbandes der deutschen Veredelungsanstalten steht nicht vereinzelt da. Trotz des Kartellgesetzes enthalten die Verkaufsbedingungen der großen Wirtschaftsvverbände Bestimmungen, die jeden Warenaustausch zum Erliegen bringen müssen. Vor allen Dingen geben unsere Banken mit der Wirtschaft Hand in Hand und betreiben einen Wucher, der geradezu zuchthauswürdig ist. Die von dem Verband der Veredelungsanstalten geforderten Zinsen sind heute noch bei allen Banken trotz schärfter Proteste aus allen Kreisen üblich. Eine Veranlassung für solche Zinsfüße liegt nicht vor, nachdem das wertbeständige Geld, das dem Staat Hunderte von Goldmillionen kostet, bereits die ganze Wirtschaft durchdrungen hat, und die Papiermark seit Wochen einen festen Kurs behauptet. Das hat auch die erste Generalversammlung der Deutschen Rentenbank bestätigt, die den hohen Zinsfuß der Banken für goldgesicherte Rentenmarktkredite als schärfste gerügt und als unangebracht bezeichnet hat. Die Banken haben diesen Vorwurf hingenommen, ohne an eine Abänderung der Zinsfüße zu denken; wenigstens hat man bis heute noch nichts über eine Verringerung der skandalösen Zinsfüße erfahren. Dagegen erlauben sich die Banken durch eine Mitteilung an ihre Kunden eine direkte Verhöhnung des kreditsuchenden Publikums. Sie haben ihren Kunden ebenfalls mitgeteilt, daß sie für Rentenmarkenkredite, die natürlich durch die Bank nicht goldgesichert werden, jährlich 4 Proz. vergüten, während sie für ihre goldgesicherten Kredite, an denen sie nichts verlieren können, genau 4 1/2 mal soviel nehmen.

Die hohen Zinsen sind ein Skandal, der die Gesundung unserer Wirtschaft gefährdet. Die von den Banken und Kartellen geforderten Zinsfüße stehen in keinem Verhältnis zu

## Volksbegehren in Bayern?

Ein sonderbarer Vorschlag der bayerischen Volkspartei.  
Augsburg, 21. Dezember. (Epa.) Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei veröffentlicht nachstehende Kundgebung:

„Der gegenwärtige Landtag hat in seinen beiden letzten Sitzungen den letzten Rest von Autorität eingebüßt. Der Landtag hat sich im Augenblick der dringenden Staatsoberwachen als absolut unfähig erwiesen. Der Landtag hat durch sein Vorgehen der gegenwärtigen Koalitionregierung den Boden der Existenz entzogen. Darum muß dieser Landtag so rasch wie möglich aufgelöst werden, nachdem es dem Landtag selbst nicht gelungen war, weil der Antrag der Bayerischen Volkspartei abgelehnt wurde. (1) Da wir keinen Staatspräsidenten haben, der ihn auflösen könnte, müssen wir das einseitig und mögliche Hilfsmittel anwenden, ihn aufzulösen: das Volksbegehren. Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat daher beschlossen, die Parteileitung zu ersuchen, sofort den Landesauschuß einzuberufen mit der Tagesordnung:

1. Die Befreiung der Fesseln in unserem jetzigen Verfassungssystem, daß das Heimmis jeder Verbesserung unserer staatspolitischen und wirtschaftlichen Lebens ist.
2. Auflösung des gegenwärtigen Landtages, der bei seiner Zerstückelung unzulänglich imstande ist, geordnete Arbeit zu leisten. Die gegenwärtige Regierung führt die Geschäfte bis zur Konstituierung des neuen Landtages, der ein verfassunggebender sein muß.“

Wie die „Augsburger Volkszeitung“ erzählt, ist die Sitzung des Landesauschusses der Bayerischen Volkspartei für Freitag, den 28. Dezember, in Aussicht genommen.

Wenn die Korrespondenz der bayerischen Volkspartei recht unterrichtet ist, dann bereitet die bayerische Volkspartei etwas vor, das einem trockenen Staatsstreich verzwweifelt ähnlich sieht. Die Lage ist in Bayern bekanntlich so, daß das Ermächtigungsgesetz der Regierung Anlaß gefallen ist, weil es die parlamentarische Zweidrittelmehrheit nicht auf sich vereinigen konnte. Die bayerische Volkspartei brachte darauf den Antrag auf Landtagsauflösung ein. Alle Parteien sind mit der Landtagsauflösung einverstanden, aber es wurde beschlossen, nicht eher über den Antrag abzustimmen, bis die Frage des Ausnahmestandes und der Sicherung der Wahlfreiheit erledigt ist. Da bekam es die bayerische Volkspartei mit der Angst zu tun und sie verlor die Landtagsauflösung im letzten Augenblick zu unterbinden, indem sie den Parteien zumutete, das Ermächtigungsgesetz durch Abänderung des § 92 der bayerischen Verfassung durchzubringen. Auch das mißlang. Augenblicklich unternimmt die bayerische Volkspartei nunmehr einen neuen Versuch, unbefristete Wahlen zu verhindern.

## Die deutsche Lebensmittelanleihe.

### Ergänzende Unterlagen aus Berlin eingefordert.

Paris, 22. Dezember. (Epa.) „Leit Parisien“ zufolge ist des Garantiekomitee in Ausführung des gestrigen Beschlusses der Reparationskommission bereits gestern vormittag zusammengetreten und

hat nach einer kurzen Beratung an das Berliner Bureau des Garantiekomitee die Aufforderung gerichtet, möglichst bald gewisse ergänzende Unterlagen für den Bericht über die Nahrungsmittellage in Deutschland, mit dem es von der Reparationskommission beauftragt worden ist, einzusenden. Dem gleichen Blatt zufolge kann dieser Bericht sehr bald fertiggestellt werden und wird je nach der Antwort der allierten Regierungen über die Zuständigkeit für die Behandlung des deutschen Schulden um einen Nahrungsmittelkredit entweder den Regierungen direkt oder der Reparationskommission übermittelte werden.

## Die Entscheidung hängt von der Labour Party ab.

Paris, 22. Dezember. (U.) Aus Verhandlungen der Pariser Morgenblätter ist zu entnehmen, daß diese damit rechnen, die Arbeiterpartei werde Anfang Januar in England die Macht ergreifen und das Schicksal der deutschen Lebensmittelanleihe entscheiden. In diesem Zusammenhang verdient ein Londoner Nachricht des „New York Herald“ Beachtung. In dieser wird angegeben, daß die Labour Party sich für die Annahme des deutschen Schulden einsetzt. In London geht es als sicher, daß die Vereinigten Staaten den Prioritätsplan durchaus befürworten werden, und es unterliegt keinem Zweifel, daß ein aus menschlichen Erwägungen erfolgter Appell in den Kreisen der Labour Party großen Widerhall finden wird.

Verstärkt im „Echo de Paris“ spielt ebenfalls auf die Bedeutung an, die der Entschluß Ramsay MacDonalds in der Frage des Prioritätsantrages haben wird.

## Nur noch wertbeständige Reichsbankkredite.

In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank wurde ein Beschluß gefaßt, der schon seit Jahr und Tag notwendig gewesen wäre, aber bisher unterlassen worden ist. Die Reichsbank verbleibt von jetzt ab nur noch wertbeständige Kredite, abgesehen von den wenigen vorerwähnten Fällen, in denen noch Papiermarkkredite zugelegt sind. Der hohe Diskontfuß von 20 Proz., der dafür zu zahlen ist, dürfte allerdings die meisten Interessenten davon abhalten, diese Möglichkeit anzunehmen, solange die Papiermark derzeit stabil bleibt wie jetzt.

Zur Durchführung der wertbeständigen Kredite, die bisher lediglich als Lombardkredite erteilt wurden, wird auch der Wechselverkehr der Reichsbank umgestellt. Es wird also wertbeständige Wechsel geben, bei denen der Schuldner die Entwertung zu tragen hat. Der Zinsfuß für wertbeständige Diskontkredite ist auf 10, der für wertbeständige Lombardkredite auf 12 Proz. jährlich festgesetzt. Die Sätze werden hinter den von den Reichsbanken genommenen Geldfußhöhen damit noch erheblich zurück.

## Die Mark stabil.

### Umsätze Kurse noch immer unverändert.

Die Stabilität der Mark auf den ausländischen Börsenplätzen blüht unerschütterlich an, wenn auch die Umsätze äußerst gering sind. Im Berliner Devisenverkehr am heutigen Tage war das Geschäft ruhig und die amtlichen Kurse wurden unverändert festgesetzt. Die Hauptkurse wurden mit 10 Proz. Holland mit 12 1/2 Proz., nordische Devisen mit 15 Proz. und einige kleine Polnien voll zugeteilt.





